



EUROPOOL / REDAKTION

Corona-Pandemie führt zu "Explosion der Armut" in Süditalien

(Gerhard Feldbauer) - "Mit mehr als 105.000 Infizierten, über 77.000 noch Positiven und fast 12.500 Toten erreicht Italien den Höhepunkt der Infektionen mit dem Coronavirus", berichtete die staatliche Nachrichtenagentur ANSA am Mittwoch. Den bisherigen Höhepunkt erreicht auch das mit der Krise wachsende Elend, besonders im Süden ... (S. 2)

POLITIK / KOMMENTAR

Türkei - das Staatsgefüge ächzt ...

(SB) - Wie alle Staatsführungen weltweit, jedoch in zugespitzter Weise auf die spezifischen Zwangsmittel eines autokratischen Regimes fokussiert, stellt auch die Erdogan-Regierung in der Türkei im Umgang mit der Corona-Pandemie die Sicherung der Herrschaft allen anderen Maßgaben voran. Nicht als akute Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung, die es mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwenden gilt, wird diese Krise eingestuft, sondern als weitere Herausforderung in einem unablässigen Machtkampf gegen innere und äußere Feinde, die der türkische Staat, wie ihn Recep Tayyip Erdogan und seine ... (S. 3)

Italiens Premier Conte fordert:

"Europäischer Sanierungs- und Reinvestitionsplan"

der EU dringend erforderlich

von Gerhard Feldbauer, 3. April 2020

(Gerhard Feldbauer) - Angesichts der anhaltenden schweren Auswirkungen der Corona-Krise auf die italienische Wirtschaft hat Premier Giuseppe Conte gegenüber Van der Leyen erneut gefordert, dass "ein europäischer Sanierungs- und Reinvestitionsplan dringend erforderlich" sei. Er verlangte von der deutschen EU-Chefin, "mehr Ehrgeiz, mehr Einheit und mehr Mut zu zeigen". Italien brauche "keinen Rettungsring", sondern "ein solides europäisches Rettungsboot, das die Führung übernimmt", unsere Länder "unter Schutz vereint". Das zitierte die römische "La Repubblica" am Donnerstag aus einem Brief des italienischen Ministerpräsidenten an die deutsche EU-Chefin. Conte äußerte, die letzte Europäische Ratssitzung habe "überhaupt nicht der Aufgabe entsprochen, die uns die Geschichte übertragen" hat. "Wir bestehen weiterhin auf der Verwendung von Werkzeugen wie dem ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), die in Bezug auf die Ziele völlig unzureichend verfolgt werden". Ein neuer europäischer Sanierungs- und Reinvestitionsplan mit "European Reco-

very Bonds" sei auch notwendig, um "die Herausforderung des globalen Wettbewerbs nicht zu verpassen".

Der Exekutivvizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, habe gegenüber der Zeitung versichert: "Wir arbeiten am Wiederauffüllungsplan, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen." Ein wichtiges Element dazu werde "das Budget" sein. Der nächste finanzielle Rahmen müsse ehrgeizig sein und eine starke Investitionskomponente enthalten, um die Erholung zu unterstützen. Wenn man der Geschäftsordnung folge, werde es normalerweise "mindestens ein Jahr dauern, bis diese Mittel für die Wirtschaft freigegeben werden". Das könne nicht akzeptiert werden. "Wir brauchen Lösungen, um das Geld sofort in Umlauf zu bringen". Es sei logisch, den ESM als nächste Verteidigungslinie zu verwenden, da er bereits kapitalisiert ist und über Kreditkapazitäten verfügt". Dombrovski plädiere für einen "pragmatischen Kompromiss", eine maßgeschneiderte Lösung für diese Krise".

EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN

Corona-Pandemie führt zu "Explosion der Armut" in Süditalien

Obdachlose, die Ärmsten in den Elendsvierteln

werden ihrem Schicksal überlassen

von Gerhard Feldbauer, 2. April 2020

Inzwischen verdeutlichen Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur "ANSA" vom Freitag Gegensätze zwischen dem Leiter des Zivilschutz Borelli und Premier Conte, der ankündigte, Quarantäne-Beschränkungen nach Ostern zugunsten der Unternehmer zu lockern. Borlli warnte: "Ich glaube nicht, dass diese Situation bis zu diesem Datum zu Ende gehen wird." Wir werden auch die Tage "nach Ostern und Ostermontag und auch am 1. Mai geschlossen zu Hause verbringen". Er glaube nicht, zitiert "ANSA", dass diese Situation bis zu diesem Datum vergehen wird. "Wir müssen viele Wochen zu Hause bleiben." Zur Frage des "Neustarts" habe Borelli gesagt, wir "müssen strenge und vorsorgliche Maßnahmen ergreifen", weil "die Möglichkeit einer Rückkehr des Virus nicht ausgeschlossen ist". Es bestehe die Gefahr, dass sonst die Situation "außer Kontrolle gerät".

Zum Stand der Infizierten und Opfer meldete "ANSA" am Freitag insgesamt 83.049 Coronavirus-Patienten in Italien, mit einem Anstieg von 2.477 gegenüber gestern. Die Gesamtzahl der Infizierten - einschließlich der Opfer und der Geheilten - betrage 115.242. Nach der Ansteckung mit dem Coronavirus wurden in Italien 18.278 Menschen geheilt, 1.431 mehr als gestern. 13.915 Todesopfer seien ein Anstieg von 760 gegenüber gestern.

*

Quelle:

© 2020 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0304.html>

(Gerhard Feldbauer) - "Mit mehr als 105.000 Infizierten, über 77.000 noch Positiven und fast 12.500 Toten erreicht Italien den Höhepunkt der Infektionen mit dem Coronavirus", berichtete die staatliche Nachrichtenagentur ANSA am Mittwoch. Den bisherigen Höhepunkt erreicht auch das mit der Krise wachsende Elend, besonders im Süden. Während Premier Conte allen Bürgern "die notwendige medizinische Versorgung und den sozialen und wirtschaftlichen Schutz verspricht", kommt es, wie der Bürgermeister Leoluca Orlando von Palermo auf Sizilien sagt, zu einer "unvorstellbaren Explosion der Armut". Wie Medien berichteten, bedienten sich verzweifelte Menschen, ohne einen Cent in der Tasche, in Supermärkten ohne zu bezahlen. Premier Conte erklärte danach, an "Familien in Not" würden Lebensmittelgutscheine von 25 Euro verteilt. Das dürfte der bekannte Tropfen auf den heißen Stein sein. Die im Notfall-Paket der Regierung von 50 Mrd. Euro (das noch aufgestockt werden soll) für die Armen vorgesehenen 400 Millionen seien völlig unzureichend und würden in zwei bis drei Wochen aufgebraucht sein, so Leoluca Orlando.

Laut Statistiken lebten 2019 etwa achtzehn Millionen Italiener in Armut und sozialer Ausgrenzung. Fünf Millionen von ihnen, so bezifferte es die Caritas Italia, befanden sich in "absoluter Armut", ihr Monatseinkommen lag im Süden bei 554 Euro, was noch nicht einmal für eine einfache Wohnung reicht, vom Notwendigsten für das Essen ganz zu schweigen. Es sind die Hunderttausenden Arbeitslosen, die Obdachlosen, die in den Slums Dahinvegetierenden, die Schwarzarbeiter, deren Familien jetzt völlig mittellos sind. "Diese sozial Benachteiligten, die ohnehin bereits aus der Gesellschaft ausgegrenzt sind, trifft es in einer Zeit, da das gesamte Wohlfahrtsystems ernsthaft geschwächt ist", erklärt der Soziologie-Professor an der Universität von Messina Pietro Saitta gegenüber *junge Welt*. Sie, "die jetzt am dringendsten Unterstützung brauchen, werden jetzt völlig ausgeschlossen". In den Dokumenten der Regierung finden sie keine Berücksichtigung, sie werden der "öffentlichen Wohltätigkeit überlassen".

Sizilien wird von Sebastiano Musereddu, dem Chef einer Sizilianer-

schen Allianz, einem Ableger der heutigen faschistischen Brüder Italiens, regiert, der 2017 mit Hilfe eines von der rassistischen Lega Matteo Salvinis angeführten Bündnisses die Wahlen gewann. Wenn diese fanatischen Feinde von Linken jeglicher Couleur heute die Krisen-Dekrete von Premier Conte, der mit den Sozialdemokraten regiert, ausführen sollen, dann tangiert das natürlich auch, wie Saitta ausführt, "partikularistische Kriterien", um Wählerbasen für "politische Gewinne zu erzielen".

Derweil dreht sich weiter alles darum, wie die Wirtschaft, sprich an erster Stelle die Konzerne, am besten vor den Auswirkungen der Krise geschützt, ihre Gewinnverluste abfangen werden können, wird gejammert, welche Auswirkungen der Fall des Dax auf die Börsengänge hat.

Eine andere Seite der Krisen-Betrachtung der herrschenden Kreise ist, dass kaum ein "kleiner Hoffnungsschimmer" in Sicht ist. Der für seine Kumpanei mit dem Industriellenverband Confindustria bekannte Ex-Premier (2013-2017) und Chef der von der sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) abgespaltenen rechtslastigen Partei Viva Italia (Lebendiges Italien), Matteo Renzi, fordert, die Produktion in allen Unternehmen wieder aufzunehmen. Premier Conte lehnte zwar ab und will die allgemeine Quarantäne bis Ostern, möglicherweise auch darüber hinaus, aufrechterhalten, aber für den Sektor "der produktiven Aktivitäten" solle sie "nicht lange dauern". Er werde als erstes wieder öffnen können. Überhaupt werde auch über ein "Danach" gesprochen.

Zu diesem "Danach" gehören die anhaltenden Auseinandersetzun-

gen in der EU, bei denen Conte kritische Positionen zur deutschen Kanzlerin Merkel bezieht. Ihn treibt laut ANSA die Sorge, wenn die Reaktion nicht kohärent, energisch und koordiniert erfolge, "werde Europa auf dem globalen Markt immer weniger wettbewerbsfähig" sein. Für den Notfall sei kein einzelnes Land verantwortlich, und es geht nicht um finanzielle Spannungen. Die EU konkurriere mit China, mit den Vereinigten Staaten, die zwei Billionen bereitgestellt haben. Der italienische Premier betont, Italien habe "seine Schulden immer bezahlt und wird dies auch weiterhin tun". Ein "Eurobond-Mechanismus" bedeute nicht, dass die Deutschen "einen einzigen Euro für italienische Schulden zahlen müssen". Es gehe darum, zusammenarbeiten, um wirtschaftlich "bessere Bedingungen" zum Wohle aller zu schaffen.

Auch am Donnerstag dreht sich alles weiter um die Wirtschaft. Conte relativiert laut ANSA seine Aussagen zum "Danach". Er sagt, dass "es noch keine Entscheidung für die Folgen gibt", das werde geschehen, "wenn die Experten dies sagen und nur in einigen Sektoren". Aber er will schon am Freitag ein Dekret vorlegen, das "die Liquidität für Unternehmen" sicherstellen soll. Es gehe um "eine Art Manöver neuer relevanter Maßnahmen, die vor Ostern erhofft werden".

*

Quelle:

© 2020 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0303.html>

POLITIK / KOMMENTAR

**Türkei -
das Staatsgefüge ächzt ...**

Istanbul ist einer der am dichtesten besiedelten Orte der Welt. Die Verbreitungsgeschwindigkeit (des Coronavirus, d. Red.) ist sehr schnell. Daher sollte ein Ausgangsverbot beschlossen werden. Wenn wir jetzt nicht mutig sind, kann es morgen schon zu spät sein.

Ekrem Imamoglu (CHP-Bürgermeister von Istanbul) [1]

(SB) 3. April 2020 - Wie alle Staatsführungen weltweit, jedoch in zugespitzter Weise auf die spezifischen Zwangsmittel eines autokratischen Regimes fokussiert, stellt auch die Erdogan-Regierung in der Türkei im Umgang mit der Corona-Pandemie die Sicherung der Herrschaft allen anderen Maßgaben voran. Nicht als akute Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung, die es mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwenden gilt, wird diese Krise eingestuft, sondern als weitere Herausforderung in einem unablässigen Machtkampf gegen innere und äußere Feinde, die der türkische Staat, wie ihn Recep Tayyip Erdogan und seine Anhängerenschaft definieren, gewinnen muß. Angefangen von der Leugnung des Problems über die Geheimhaltung der Fallzahlen und Verfolgung kritischer Stimmen bis hin zum Primat einer funktionsfähigen Wirtschaft auf Kosten schneller und umfassender Maßnahmen zur Eindämmung des Virus führt das Regime einen Krieg nicht so sehr gegen Corona, als vielmehr gegen zahllose Menschen im Land, die wie

so viele vor ihnen der Staatsräson geopfert werden.

Wie Donald Trump, Jair Bolsonaro oder Rodrigo Duterte, um nur einige prominente Geistesverwandte des türkischen Autokraten zu nennen, neigt auch Erdogan zu katastrophalen Manövern, die vor allem deshalb aberwitzig anmuten, weil sie in Händen eines einzigen Despoten gebündelt besonders krass hervortreten. Wer als personifizierter Sachwalter der Interessen gesellschaftlicher Eliten nicht nur das Gewaltmonopol exekutiert, sondern auch die Deutungsmacht diktiert, versteigt sich zwangsläufig zur Auffassung, die Pandemie sei eine Erfindung seiner Gegner, die sich gegen ihn verschworen hätten. Eine Pathologisierung des Machthabers wird dennoch der Widerspruchslage nicht gerecht, zumal sich die Kontroverse, wie Corona am besten zu bekämpfen sei, in der Türkei eher graduell als grundsätzlich von der in anderen Ländern unterscheidet.

Anfangs kursierten in der Boulevardpresse und regierungsnahen Medien Gerüchte, besondere Gene der Turkvölker machten diese gegen COVID-19 immun. Mit dieser nationalchauvinistischen Sumpfbülte korrespondierte die amtliche Behauptung, im Lande gebe es keine Infektionen. Wer das öffentlich in Zweifel zog oder gar Fallzahlen vorlegte, wurde mit Repression überzogen. Mehr als 400 Personen wurden wegen "provokanter und mißbräuchlicher" Informationen über die Corona-Pandemie festgenommen, 1.750 verdächtige Social-Media-Konten identifiziert, wovon die Mehrheit "Terrorgruppen" angehöre, wie der türkische Innenmi-

nister Süleyman Soylu erklärte. Die Organisation Reporter ohne Grenzen berichtet von sieben Journalisten, die innerhalb einer Woche verhaftet wurden, weil sie über Ansteckungen und Todesfälle berichtet hatten. [2]

Als sich die Krankheitsfälle nicht mehr verheimlichen ließen, sah sich die Regierung zu einer modifizierten Informationspolitik und ersten Maßnahmen gezwungen, die jedoch viel zu spät kamen und nicht weitreichend genug waren. Den offiziellen Zahlen ist aus verschiedenen Gründen nicht zu trauen: Häufig sind die Angaben der Regierung in sich widersprüchlich und weichen erheblich von regionalen Zählungen ab. Zudem wird bislang so wenig getestet, daß keine annähernd relevante Grundlage einer vertrauenswürdigen Schätzung existiert. Alles deutet darauf hin, daß sich COVID-19 unkontrolliert sehr viel weiter ausgebreitet hat, als Regierungskreise angeben und aufgrund vorliegender Daten bekannt ist.

Die Türkei hatte am 11. März ihren ersten Coronavirus-Fall gemeldet, und seither sind in diesem Land mit rund 83 Millionen Einwohnern lediglich etwa 125.000 Tests durchgeführt worden. Im Vergleich dazu werden in Deutschland nach Angaben des Robert-Koch-Instituts derzeit rund 350.000 Personen pro Woche getestet. Da das Nachbarland Iran längst als gefährlicher Infektionsherd für die gesamte Region bekannt war, mußte man schon zum damaligen Zeitpunkt von einer Verbreitung in der Türkei ausgehen. Die Regierung in Ankara schloß dann zwar Schulen, Universitäten und mit einiger Verzö-

gerung auch Moscheen, doch waren unter anderem Tausende Mekka-Pilger nach ihrer Rückkehr aus Saudi-Arabien ohne Quarantäne nach Hause geschickt wurden, wo sie den Erreger möglicherweise weiterverbreiteten. Erst nach öffentlichen Protesten wurden die letzten 5000 Pilger für zwei Wochen in die Isolation geschickt.

Gesundheitsminister Fahrettin Koca mußte kürzlich einräumen, die Regierung habe anfangs nicht gewußt, wie schnell sich das Coronavirus von einem Menschen auf den nächsten übertragen kann. Obgleich sich SARS-CoV-2 inzwischen in kaum einem anderen Land der Welt so schnell wie in der Türkei verbreitet, wurden dort im Unterschied zu zahlreichen EU-Staaten keine Ausgangssperren oder Kontaktverbote beschlossen. Die Regierung setzt vor allem auf Einschränkungen des internationalen und überregionalen Verkehrs. Zudem ließ sie Bildungseinrichtungen und Parks schließen, Großereignisse wurden abgesagt. Eine Ausgangssperre gilt lediglich für Menschen, die älter als 65 sind, sowie chronisch Kranke, die ebenfalls zur Risikogruppe gehören. Der Rest der Bevölkerung soll sich auf freiwilliger Basis möglichst selbst isolieren.

In der türkischen Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Regierung wird darüber diskutiert, ob gesetzliche Quarantänemaßnahmen für alle notwendig werden könnten. Während Gesundheitsminister Fahrettin Koca für eine Ausgangssperre plädiert, positioniert sich Erdogan dagegen, der offenbar fürchtet, daß die kriselnde Wirtschaft endgültig abstürzt.

Wie in anderen Ländern sind auch in der Türkei die Virologen uneins, ob eine Ausgangssperre wirksam und notwendig sei. Zu den bekanntesten Befürwortern einer solchen Maßnahme zählt Ekrem Imamoglu, der oppositionelle Bürgermeister von Istanbul. Er verlangt von der Regierung, sie solle in der 16-Millionen-Metropole eine Ausgangssperre verhängen, die er nicht selbst anordnen darf. In Hinblick auf die Infektionsfälle und Toten ist Istanbul die mit Abstand am schwersten betroffene Stadt des Landes.

Der Neurowissenschaftler und Genetiker Caghan Kizil, Leiter der Helmholtz-Forschungsgruppe an der TU Dresden, hält strenge Quarantänemaßnahmen für unumgänglich: "Wir wissen, dass die schreckliche Situation in Italien, Spanien und teilweise in den USA daraus resultierte, dass nicht ausreichend Social-Distancing-Maßnahmen durchgeführt wurden. Die Türkei hat bis heute keine strikte Quarantäne verhängt. Die Mehrheit der Bevölkerung kann sich immer noch frei bewegen." Auch die unzureichende Zahl der Tests hält er für verhängnisvoll, da eine starke Verbreitung nur verhindert werden könne, wenn die Fälle von Infektionen gründlich registriert würden.

Für zahlreiche Mediziner in türkischen Krankenhäusern ist die Eindämmung des Coronavirus durch Social-Distancing, Tests und Isolation bereits gescheitert. Stattdessen rechnen die Krankenhausangestellten mit einem baldigen Ansturm von Corona-Patienten, der das Gesundheitssystem an seine Grenzen bringt. Die Türkische Ärztevereinigung kritisiert immer wieder, daß zu wenig

Schutzausrüstung für das Gesundheitspersonal zur Verfügung stehe. Die türkische Regierung hingegen sieht offiziellen Angaben zufolge keine Gefahr, da die Türkei über genügend Beatmungsgeräte und Intensivbetten verfüge.

Die AKP-Regierung bezichtigt die Opposition, aus der Krise politisches Kapital zu schlagen. Die Antwort Ankaras darauf ist eine maximale Zentralisierung aller wichtigen Entscheidungen, wodurch die ohnehin vorhandenen Gräben im Land weiter vertieft werden. So wurden unabhängige Spendenaktionen von oppositionsgeführten Stadtverwaltungen in Istanbul und anderen Großstädten gestoppt, wogegen Ekrem Imamoglu vor dem Verwaltungsgerichtshof in Ankara Einspruch eingelegt hat. Höchst umstritten ist auch ein geplanter Straferlaß, der bis zu 130.000 Häftlingen in den überfüllten Haftanstalten des Landes die Freiheit bringen soll, um die Infektionsgefahr in den Gefängnissen zu vermindern. Laut den Plänen der AKP könnten davon selbst einige Gewalttäter profitieren, nicht aber die massenhaft unter dem Terrorvorwurf inhaftierten Oppositionellen, Journalisten und Gülen-Anhänger.

Als Erdogan Anfang der Woche nach einem Treffen seines Kabinetts per Videoschaltung vor die Kameras trat, wurde weithin die Bekanntgabe einer landesweiten Ausgangssperre erwartet. Statt dessen rief der Präsident seine Landsleute zu einer "Kampagne der nationalen Solidarität" auf. Jeder solle in einen Fonds einzahlen, der alle diejenigen unterstützen werde, die aufgrund des

Kampfes gegen das neuartige Coronavirus ihre Arbeit verlieren würden. Er selbst gehe mit gutem Beispiel voran und spende sieben Monatsgehälter. Dem solle jeder Beamte, jeder Bürgermeister und jeder Funktionär seiner AKP folgen. Den größten Beitrag erwarte er von den Unternehmern und den Philanthropen des Landes, wobei der bekannteste Philanthrop, Osman Kavala, aufgrund fingierter Vorwürfe seit Oktober 2017 in Untersuchungshaft sitzt.

Erdogan, der aus Furcht vor einer Ansteckung nicht mehr im pompösen Präsidentenpalast, sondern in seinem Sommersitz in Istanbul oder in Ankara im früheren Amtssitz Atatürks wohnt, zeigte sich besorgt über die wirtschaftlichen Folgen der Krise. Die Türkei müsse die Produktion aufrechterhalten und die Räder müßten sich weiter drehen, "wie auch immer die Umstände" seien. Die Regierung werde sicherstellen, daß die weiter produzierenden Unternehmen ihre Beschäftigten auch schützten. Daß diese "Solidarität" darauf hinausläuft, die Bewältigung der Krise vom Staat auf die Bevölkerung abzuwälzen, löste einen Sturm des Protestes aus, wie ihn das Regime in dieser Form noch nicht erlebt hat.

Die Vorsitzende der oppositionellen İyi-Partei, Meral Aksener, forderte Erdogan auf, er solle sein Präsidentenflugzeug vom Typ Boeing 747-8 im Wert von 400 Millionen Dollar verkaufen, das ihm der Emir von Qatar geschenkt habe. In den sozialen Medien hagelte es Spott und Hohn. Deutschland stelle ein Rettungspaket mit 750 Milliarden Euro zusammen, die Türkei gebe hingegen lediglich Iban-Nummern

für eine Solidaritätsaktion bekannt, was insofern nicht ganz zutrifft, als die Zentralbank Stützungsmaßnahmen durchführt. Ein Nutzer schlug vor, Erdogan solle doch auf sein Lieblingsprojekt eines Kanals zwischen dem Schwarzen Meer und dem Marmarameer verzichten, dann gebe es genügend Geld für Solidarität. Empört schrieb der angesehene Intellektuelle Murat Yetkin, Erdogan sei nur am Wohlergehen der ihm nahestehenden Unternehmer im Baugewerbe und im Handel interessiert, nicht aber an Menschenleben. Sein "Heldentum" überzeuge nicht. Yetkin will daher wissen, weshalb nicht auf die Arbeitslosenversicherung und die Reserven der Zentralbank zu-

rückgegriffen werde und ob die Staatskassen, für die Erdogans Schwiegersohn und Finanzminister Berat Albayrak verantwortlich ist, leer seien. Er fürchte, daß die Spenden direkt in die Taschen der Unternehmer fließen könnten, die den nun verwaisten Istanbul Flughafen gebaut haben. [3]

Das Regime hat mit massiver Repression jegliche Opposition im Land unterdrückt, doch niemals völlig zum Schweigen gebracht. Erdogans Umgang mit der Corona-Pandemie führt der Bevölkerung vor Augen, wie wenig ihr Leben wiegt, wenn die Wucht der Staatsräson in Anschlag gebracht wird. Dies ruft Widerstand auf den Plan, der noch anwachsen

dürfte, wenn die Todeszahlen in dem befürchteten Maße steigen.

Anmerkungen:

[1] www.dw.com/de/coronavirus-in-der-tuerkei-eine-katastrophe-mit-ansage/a-52972094

[2] www.heise.de/tp/features/Die-Tuerkei-und-das-Coronavirus-4692909.html

[3] www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-erdogan-corona-bekampft-geld-fuer-virus-opfer-spenden-16705421.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1688.html>

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

US-Gefängnisse - eine Zeitbombe ...

Jetzt ist es an der Zeit, die Gefängnisse zu leeren. Mit mehr als zwei Millionen Menschen eingesperrt, die große Mehrzahl davon für nicht gewalttätige Straftaten, zusammengepackt wie Sardinen, bietet die Überbelegung perfekte Voraussetzungen für die massenhafte Ansteckung der Insassen und die Verbreitung der COVID-19-Seuche unter ihnen. Nicht gewalttätige, für Drogenvergehen verurteilte Gefangene, Menschen, die keine Kautionsaufbringen konnten, die älteren und kranken - alle sollten befreit werden, bevor sie infiziert werden, die Seuche verbreiten und sterben.

Eve Otterberg - Prisons are a COVID-19 Petri Dish [1]

(SB) 3. April 2020 - Life without parole - die dunkle Seite des Kampfes gegen die Todesstrafe in den USA besteht in der Umwandlung dieser Urteile in lebenslange Haftstrafe ohne Möglichkeit der Begnadigung oder andere Formen von Langzeitstrafen, die fast aufs Gleiche hinauslaufen. Diese Art von Ersatzstrafe wird in einer wachsenden Anzahl von US-Bundesstaaten verhängt und konfrontiert die Betroffenen damit, das Gefängnis voraussichtlich in einem Sarg verlassen zu müssen.

Wer im Alter von 20 Jahren wegen Mordes verurteilt wurde, kann auf diese Weise Zeitstrafen von 50 Jahren und mehr absitzen, ohne Aussicht darauf, wenigstens für einige Jahre noch einmal außerhalb des Strafvollzuges zu leben. Obwohl die Zahl sogenannter Kapitalvergehen seit 25 Jahren in den USA rückläufig ist, nimmt die Zahl von Langzeitgefangenen immer mehr zu.

Das hat im Fall von New York dazu geführt, daß von 91.000 Strafgefangenen des Staates insgesamt über 10.000 mehr als 50 Jahre alt sind. Die Zahl der älte-

ren Insassen ab 50 Jahre aufwärts hat sich zwischen 2000 und 2013 verdoppelt. Die davon Betroffenen gehören weit überproportional den Gruppen schwarzer und hispanischer Insassen an, was für alle Ebenen und Institutionen des US-Strafvollzuges gilt. Er ist von grundauf rassistisch, nicht nur, weil er die auf starker Benachteiligung nichtweißer Minderheiten fußende Sozialstruktur der US-Gesellschaft abbildet, sondern weil Strafrecht und Strafprozeß nichtweiße Angeklagte benachteiligen. Für alle Altersgruppen gilt zudem, daß nichtweiße Insassen die schlechtesten Chancen darauf haben, für eine vorzeitige Entlassung in Frage zu kommen.

So werden die in diesen Gruppen besonders häufigen Drogenvergehen, auch wenn keine Gewalt im Spiel ist, als permanente Bedrohung der Gesellschaft betrachtet, was dazu führt, daß sich unbefristete Haftstrafen länger und länger hinziehen können. Bei der Anhörung vor der Begnadigungskommission wird die Dauer der bereits verbüßten Strafe nicht in Rechnung gestellt, sondern stets auf den strafrechtlichen Anlaß geschaut, auch wenn dieser schon ein halbes Jahrhundert zurückliegt. Zudem sind die Parole Boards dem Druck politischer Partikularinteressen ausgesetzt, weil ihre Mitglieder vom Gouverneur ernannt und vom Senat bestätigt werden müssen.

Da ältere Gefangene zu der Gruppe mit dem höchsten Risiko gehören, an COVID-19 zu erkranken und zu sterben, setzen sich Initiativen wie Release Aging People in Prison (RAPP) für die schnelle Entlassung so vieler Insassen wie möglich aus humanitären Grün-

den ein. Das gilt insbesondere für ältere Gefangenen - sie weisen die geringste Rückfallrate auf und befinden sich häufig schon seit Jahrzehnten hinter Gittern. RAPP-Mitbegründerin Laura Whitehorn [2] und die beiden anderen GründerInnen, die ehemalige Weather Underground-Aktivistin Kathy Boudin und der verstorbene Mujahid Farid, saßen ihre langjährigen Haftstrafen während des Beginns der AIDS-Epidemie ab. Sie haben miterlebt, wie zahlreiche Gefangene unter schlechten hygienischen Bedingungen ohne angemessene medizinische Versorgung in der Enge der Haftanstalten mit dem neuen Erreger angesteckt wurden und verstarben.

Sie wissen, was es bedeutet, wenn eine potentiell tödlich Infektionskrankheit in die Knäste eindringt. Für die Gefangenenbevölkerung gibt es praktisch keine Ausweichmöglichkeiten, so daß ansteckende Krankheiten unter den schlechten hygienischen Bedingungen der häufig überbelegten Haftanstalten mit großer Geschwindigkeit um sich greifen. Daher wendet sich RAPP zur Zeit mit allen Mitteln an PolitikerInnen und die Öffentlichkeit, um eine möglichst weitreichende Entlassung nicht nur, aber besonders älterer Gefangener zu erreichen [3].

Bisher hat New Yorks Gouverneur Andrew Cuomo nicht mehr als die Entlassung von 1.100 Gefangenen in Aussicht gestellt, die wegen Verstoßes gegen Bewährungsaufgaben inhaftiert sind. Einige hundert Insassen wurden entlassen, von einer umfassenden Amnestie kann jedoch keine Rede sein. Genau das verlangen RAPP und andere Gefangeneninitiativen und Bürgerrechtsorgani-

sationen, insbesondere wenn die Gefangenen fortgeschrittenen Alters, aufgrund einer Vorerkrankung durch COVID-19 besonders gefährdet oder schwanger sind. Zudem fordern sie die Einstellung des Systems der Zwangsarbeit in den Gefängnissen des Staates und eine normale Entlohnung für diejenigen, die freiwillig arbeiten wollen, anstatt sie mit 10 Cent die Stunde abzuspeisen. Zudem soll Cuomo sich gegen den Rollback stellen, der in der Rücknahme bereits erreichter Strafrechtsreformen besteht, und die Zahl der Insassen niedrig halten, was in Zeiten der Pandemie schon aus medizinischen Gründen absolutes Gebot ist.

Carol Shapiro, eine jüdische New Yorkerin und ehemaliges Mitglied einer Begnadigungskommission, äußerte in einem Online-Forum, das RAPP am 25. März abhielt, die Befürchtung, daß die Gefängnisse drauf und dran sind, sich zu "Todeslagern" zu entwickeln. Sie forderte, die von COVID-19 bedrohten Gefangenen "sofort und unter sehr geringen Voraussetzungen entlassen. Wir sollten nicht einmal über ihren Strafrechtsverstoß nachdenken. Laßt uns ehrlich sein, die Mehrheit der Menschen in unseren Gefängnissen müßten nicht dort sein. Wir müssen sowieso ein anderes Gespräch über dieses Problem führen!" [4] Wie andere AktivistInnen für eine grundlegende Reform des Strafvollzugsystems in den USA ist für Shapiro mit der akuten Bedrohung durch COVID-19 die Stunde gekommen, einen großen Schritt in der Sache nach vorne zu tun.

Hinter Gittern ist Social Distancing unmöglich, erklärt die Prison

Policy Initiative [5] anhand des Beispiels von Kreuzfahrtschiffen und Pflegeheimen, wo COVID-19 besonders rasant um sich greift. Es gibt allerdings eine Form der Isolation im US-Strafvollzug, die auf Folter hinausläuft - Solitary Confinement [6]. Manche Gefangenen müssen die vollständige Isolation in absoluter Einzelhaft jahrzehntelang aushalten, nicht wenige werden dabei verrückt oder sterben. Rund 50.000 Menschen werden in den USA über mehr oder weniger lange Zeit auf diese Weise gefoltert, und es sollte nicht erstaunen, daß angesichts der Coronapandemie Vorschläge laut werden, doch noch mehr Gefangene in Einzelhaft zu stecken. Auch wenn es nicht genug dafür vorgesehene Zellenkomplexe gibt, könnte die Idee, als vermeintlicher Schutz vor Ansteckung bei lebendigem Leib in einem Betonsarg vergraben zu werden, nicht zynischer sein.

Mit über 100.000 Infizierten ist der Bundesstaat New York das Epizentrum der Coronapandemie in den Vereinigten Staaten, die am 3. April mit 245.500 als infiziert gemeldeten Fällen wiederum die Liste der von COVID-19 betroffenen Staaten anführen. Zugleich leistet sich die am meisten von der krassen sozialen Ungleichheit im Land profitierende EigentümerInnenklasse eine Gefangenenbevölkerung von rund 2,3 Millionen Menschen plus 39.000 inhaftierte MigrantInnen, darunter 4.000 unbegleitete Kinder ab dem Alter von 6 Jahren. Das US-Knastsystem ist eine besonders wirksame Form harscher Klassenherrschaft, entzieht es doch insgesamt rund 8,5 Millionen Menschen, die entweder in-

haftiert sind oder denen als ehemalige Strafgefangene Bürgerrechte entzogen werden, fast jede Form demokratischer Teilhabe.

Aufgrund der Versäumnisse der Trump-Regierung stehen die USA erst am Beginn der epidemischen Durchdringung der Bevölkerung mit COVID-19. Noch besteht die Möglichkeit, die Knäste auf einigermaßen geordnete Weise zu leeren. Auf dem Höhepunkt der Pandemie dürften die Verhältnisse so katastrophal und chaotisch sein, daß die Gefangenen Gefahr laufen, hinter Gittern vergessen zu werden, was wiederum jede nur erdenkliche Form von Widerstand mobilisierte.

Anmerkungen:

[1] <https://www.counter-punch.org/2020/04/02/prisons-are-a-covid-19-petri-dish/>

[2] <https://www.counter-punch.org/2020/03/23/fighting-the-cuomo-virus-to-free-imprisoned-elders/>

[3] <http://rappcampaign.com>

[4] <https://www.counter-punch.org/2020/04/01/death-camps-in-the-making-new-yorks-prisons-during-a-time-of-pandemic/>

[5] <https://www.prisonpolicy.org/blog/2020/04/03/density/>

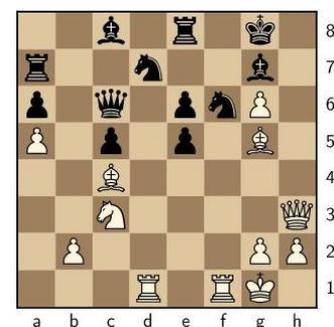
[6] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1512.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1687.html>

SCHACH - SPHINX

Von der Zeit erwürgt

(SB) - Was sich in der Kommentierung schließlich präsentiert wie ein grüner Faden, durchlief im aktuellen Verlauf der Partie viele Etappen und Augenblicke der Unklarheit. Viele Wege führen bekanntlich nach Rom, aber manche enden auch in Sackgassen. So gibt es Kreuzungen, an denen der Turnierspieler eine Richtung wählen muß. Seine Uhr tickt und angesichts der Fülle an Möglichkeiten trifft er seine Entscheidung nicht immer nach den Gesichtspunkten der Rationalität. Die Abwägung, welcher der in Frage kommenden Züge die beste Option auf den Sieg besitzt, ist immer eine heikle Sache. Nach der Partie haben die Meister denn auch rasch eine Menge an Alternativlösungen zur Hand. Mitunter stellt sich dann heraus, daß eine unter den verschmähten Fortsetzungen die stärkere war. Im heutigen Rätsel der Sphinx spielte Alexej Schirow in der realen Partie 1.Sc3-d5, ein Zug, der zum Gewinn ausreichte, ihn jedoch hinterher nicht zufriedenstellte. Nun, Wanderer, welche Kombination spukte ihm im Kopf herum, die leider wegen Zeitproblemen nicht zur Anwendung kam?



Schirow - Hauchard
Paris 1990

Ukraine - Landreform zugunsten der Konzerne ...

(SB) - Die Ukraine hat eine Landreform beschlossen, die es ermöglichen soll, größere Landflächen zu erwerben. [1] Zwar ist dies nur ukrainischen Personen und Körperschaften vorbehalten, aber wie lange die Blockade ausländischer Investoren anhält, ihre Kapital in ukrainische Firmen zu investieren, ist unklar. Am Ende werden die Oligarchen gewinnen, ob sie nun aus dem In- oder Ausland stammen.

Begründet wird die seit langem auch von Oppositionsparteien geforderte Reform damit, daß gegenwärtig rund sieben Millionen kleine Landbesitzer auf ihrem Grund keine langfristigen Investitionen vornehmen. Das ist jedoch kein Sachzwang. Die Regie-

rung könnte ihnen eine Bestandsgarantie geben und Zugang zu einem Maschinenpark verschaffen, den sich eine Bäuerin oder ein Bauer allein nicht leisten kann. Um nur ein Beispiel zu nennen.

Der Internationale Währungsfonds will die großgrundbesitzerfreundliche Folgsamkeit des ukrainischen Parlaments, das das Gesetz zur Landreform (No. 2178-10) in einer Sondersitzung am 1. April angenommen hat, belohnen und hat angekündigt, die Ukraine in Kürze mit der ersten Tranche eines 7,3 Mrd. Euro schweren Kredits versorgen zu wollen.

Das im Jahr 2001 beschlossene Moratorium auf den Verkauf von Land - Verpachten und Vererben ist erlaubt - wird damit endgültig abgeschafft. Nach der ersten Lesung im November 2019 waren über 4.000 Änderungsanträge gegen das von Präsident Wolodymyr Selenskyj und seiner Partei "Diener des Volkes" eingebrachte Gesetz vorgelegt worden. Die Partei verfügt zwar über die absolute Mehrheit im Parlament, ist aber inhaltlich wegen der Landfrage gespalten.

Die neuen Bestimmungen sehen vor, daß Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ab dem 1. Juli 2021 bis zu 100 Hektar Land pro Person erwerben dürfen. Ab 2024 gilt dies auch für Körperschaften, die im Einklang mit der ukraini-

sehen Gesetzgebung geschaffen und registriert sind und deren Mitglieder bzw. Aktienbesitzer wiederum nur aus der Ukraine, vom Staat oder örtlichen Gemeinden stammen. Auch Banken dürfen Land erwerben, müssen es aber nach dem Kauf binnen zwei Jahren wieder verkaufen. Erst ein späteres Referendum soll darüber entscheiden, ob auch Ausländer Land erwerben dürfen. Ein Termin dafür steht noch nicht fest.

Die Ukraine als einstige Kornkammer Europas verfügt über eine Ackerfläche von 32,5 Mio. Hektar, das macht 53,9 Prozent der ukrainischen Landfläche aus. Nach Rußland ist das die größte landwirtschaftliche Nutzfläche in Europa. Zum Vergleich: Das deutsche Ackerland umfaßt rund 12 Mio. Hektar.

Das geltende Verbot, Boden zu verkaufen, hatte den Effekt, daß keine Hypothek auf das Land aufgenommen werden durfte. Auch aus diesem Grund blieb der Grad der landwirtschaftlichen Mechanisierung, die meist hohe Investitionen erfordert, hinter dem beispielsweise Österreichs oder Deutschlands zurück. Vordergründig gesehen könnte aus dem Boden mehr herausgeholt werden, sollte diese Schranke wegfallen. Aber wer würde davon profitieren?

Die jetzt beschlossene Landreform ist nach wie vor umstritten,

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Gefahr lauert auch hinter einem unscheinbaren Abtausch, wie Schwarz am eigenen Leibe erfuhr, denn nach 1...Le7xc5? folgte nicht das erwartete 2.d4xc5, sondern der plötzliche Mattüberfall 2.Sg4-f6+! g7xf6 3.De4-g4+ Kg8-h7 4.Te1-e3 Lc5-e7 5.Th3xh6+ Kh7xh6 6.Te3-h3+ Tb5-h5 7.Th3xh5#

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07230.html>

obschon die Ukraine entgegen den Erwartungen des IWF ein Verbot des Landkaufs durch ausländische Investoren verhängt hat. Das war einer der Kernkritikpunkte nicht zuletzt des extrem rechten Spektrums in der Bevölkerung. Indes kann durch die Landreform nicht verhindert werden, daß ukrainische Oligarchen ihre Kapitalmacht und andere Mittel nutzen und sich die Landfläche aneignen. Dafür gibt es ein im doppelten Sinn naheliegendes Vorbild: Deutschland.

Die Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG) verkauft seit 1992 ehemals volkseigene Land- und forstwirtschaftliche Flächen Ostdeutschlands. Nicht ausländische, aber außerlandwirtschaftliche Investoren haben sich dort groß einkauft. Diese "Oligarchen" tragen andere Namen, haben aber eine ähnliche gesellschaftliche Funktion wie in der Ukraine. Nach Angaben der Bundesregierung kommen sie "aus der Finanzbranche, der Möbelindustrie, dem Einzelhandel, dem Schiffbau und der Pharmaindustrie". [2]

Zur Parzellierung des Landes und der Verteilung als Streubesitz war es nach der Auflösung der Sowjetunion gekommen. Damals hatten die ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter der rund 12.000 Kolcho-sen Land zugeteilt bekommen, im Durchschnitt 4,2 Hektar groß. Eine Pacht von zusätzlichem Land war möglich, jedoch nicht einfach zu bewerkstelligen. Heute sind rund 20 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, die wiederum rund 20 Prozent zum Bruttoinlandprodukt beiträgt.

Andere landwirtschaftliche Organisationsformen als die jetzt in die Wege geleitete Hinwendung zur Bodenakkumulation sind vorstellbar, ohne daß deswegen zur zentralstaatlich organisierten kollektivistischen Landwirtschaft von einst zurückgekehrt werden müßte. Das von der Ukraine favorisierte marktwirtschaftliche Modell kann zwar Vorteile haben, sollte nun in die Nutzbarmachung des landwirtschaftlichen Potentials investiert und die Erntemenge gesteigert werden, aber Verlaß ist auf die Marktwirtschaft nicht. Das hat 2008 die globale Preisexplosion von Grundnahrungsmitteln gezeigt, als in mehreren Dutzend Ländern Hungerrevolten ausbrachen - eine direkte Folge von typisch marktwirtschaftlichen Faktoren wie Finanzspekulation und Flächenkonkurrenz durch den Pflanzenanbau für die Treibstoffproduktion.

Ernährungssouveränität, also die Sicherheit einer quantitativ und qualitativ guten Ernährung in Verbindung mit der Beibehaltung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch diejenigen, die das Land bewirtschaften, wäre als Startpunkt für eine Landreform ein ganz und gar anderer Ansatz, als er jetzt verfolgt wird. So etwas würde auch nicht vom Internationalen Währungsfonds unterstützt, geschweige denn von der Europäischen Union, die eine Loslösung der Ukraine von Rußland betrieben hat, um ihren eigenen Einfluß auszudehnen.

Auch die ukrainischen Oligarchen, die sich bei dem Versuch, Ernährungssouveränität zu erlangen, um ihre lieb gewonnenen Pfründe Sorgen machen müßten, würden versuchen, die Idee zu verunglimpfen

und zum Scheitern zu bringen. Von den rechten bis extrem rechten Kräften in der Ukraine ganz zu schweigen. So hat die Partei "Vaterland" der früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko lediglich dagegen opponiert, daß Ausländer Land erwerben, nicht jedoch gegen die Bereicherung durch Einheimische.

Sollten sich in Zukunft die kleinen Landbesitzenden verschulden, wird ihnen oftmals nichts anderes übrig bleiben, als ihr Land zu verkaufen. Ein zunächst rein inländisches Landgrabbing als Folge der Reform wird unvermeidlich sein. Selbst wenn einige Oligarchen größere Investitionen tätigen, um den sozialen Frieden zu wahren, wird am Ende die Ungleichheit der Menschen verstärkt.

Anmerkungen:

[1] <https://www.euro-news.com/2020/03/31/ukraine-lifts-ban-on-sale-of-farmland-in-bid-to-receive-international-funds>

[2] <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/landgrabbing-in-ostdeutschland-wie-der-staat-beim-kampf-um-ackerflaechen-mitverdiener/25314092.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1370.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

UNTERHALTUNG / PERRY RHODAN / ERSTAUFLAGE

Inhaltliche Zusammenfassung von Perry Rhodan, Heft Nr. 3058

Für Galaktiker verboten!

von Wim Vandemaan

Thantur-Lok am Rande der Bleisphäre, 27. April 2046 NGZ; Raumstation YEDDVEN im interstellaren Leerraum zwischen Milchstraße und Andromeda, 14. Mai 1637 NGZ bis 24. November 1638 NGZ

Atlan fliegt mit der TARTS zur Bleisphäre, um herauszufinden, was die Ladhonen, deren Transitionsemissionen auf einen regen Pendelverkehr ihrer Schiffe hindeuten, dort treiben. In der Nähe haben sich weitere Verbände der Vereinigten Sternenbaronien eingefunden. Die Ladhonen haben inzwischen sechs von den Cairanern beschlagnahmte Etappenhöfe und einige Relaisstationen um die Bleisphäre herum positioniert.

Am 27. April 2046 NGZ bittet der Fragmentraumer BOX 6161 um Einflugerlaubnis nach Thantur-Lok. An Bord der Posbi Ganud, einst Vertrauter Vetris-Molauds und später Reginald Bulls, sowie das Zain-Konstrukt Bonthem, das als Abgesandter der Union Positronisch-biologischer Zivilisationen auftritt. Es verkündet, der Kommandant von BOX 6161 sei vom Zentralplasma der Hundertsonnenwelt autorisiert worden, militärische und logistische Unterstützung anzubieten. 1200 Posbi-BOXEN und zehn Raumflugkörper der Zain-

Konstrukte seien bereits im Anflug und würden sich der Befehlsgewalt des Mascanten unterstellen. Sternenbaron da Ariga nimmt dieses Angebot gerne an.

Ganud ist nicht im Auftrag der Union Positronisch-biologischer Zivilisationen angereist. Reginald Bull hat ihm vorgeschlagen, mitzufliegen, um Atlan über den Verlauf der Expedition Vetris-Molauds nach Andromeda zu unterrichten, die vor 400 Jahren in einem Debakel endete. Bull hatte Ganud damals gebeten, an der Expedition teilzunehmen. Möglicherweise als Spion oder weil er Ganud für eine Weile loswerden wollte, wie Atlan vermutet. Damals war die Freundschaft zwischen Bull und dem Maghan noch nicht so gefestigt gewesen wie heute. Daß sie sich inzwischen nahe stehen, liegt vor allem an Vetris-Molauds inzwischen verstorbener Tochter Salliana, unter deren Einfluß sich der Maghan zu einem umgänglicheren Zeitgenossen entwickelt hat. Auch die Annäherung zwischen dem Neuem Tamanium und der LFG erfolgte auf ihr Betreiben. Die Gründung der Lemurischen Allianz im Jahre 1755 war ihr Letzter Wille und wurde von Vetris-Molaud umgehend umgesetzt.

Ganuds Bericht beginnt am 14. Mai 1637 NGZ, als man feststellte, daß alle Sonnentransmitter der Milchstraße ausgefallen waren. Es gab keine Verbindung zur Galaxis Andromeda mehr. Um die Lage zu klären, wollte Vetris-Molaud in die Nachbargalaxis fliegen. Doch er erreichte sie nicht. Nach drei Monaten Flugzeit und neunzig Prozent bewältigter Strecke wurde die SCIMOR, sein neu entwickeltes Spezialschiff, das in der Lage war, die gewaltige Distanz zu überwinden, am 11. November 1638 NGZ gewaltsam aus dem Linearraum gerissen und strandete bei YEDDVEN, einem alten Weltraumbahnhof der Maahks, der von den Tefrodern aus Andromeda übernommen worden war.

Wie Vetris-Molaud von Gota-Thao, dem Kommandanten der Station, erfuhr, hatte die "Stabilität" (ein Bund andromedanischer Völker) die Milchstraße unter Quarantäne gestellt und zu diesem Zweck einen sogenannten Linearzonen-Passagen-Definitor installiert, der alle sich von der Milchstraße nähernden Schiffe ausbremste und in den Normalraum zwang. Dieses Gerät war von den Onryonen entwickelt worden, die vor dem Weltenbrand aus der Milchstraße geflohen waren. Dafür hatten

sie die Erlaubnis bekommen, in Andro-Kappa zu siedeln.

Warum man alles, was von der Milchstraße kam, zurückwies, sollte der Tamaron erst von der Beraterin des Virths (Herrscher des tefrodischen Reiches in Andromeda) erfahren. Bis zu ihrem Eintreffen bekamen er und seine Begleiter Quartiere zugewiesen, die sie möglichst nicht verlassen sollten.

Ousha Rikmoon, die Assistentin Gota-Thaos, machte sich an Vetris-Molaud heran und gab ihm nach einer gemeinsam verbrachten Nacht zu verstehen, daß es durchaus Gegner der "Stabilität" gäbe, die den Völkerbund als Eispanzer um Andromeda betrachteten, der alle Bewegungen erstarren ließ. Sie hätte ihn gerne als Unterstützer für einen Putsch gewonnen, doch der Tamaron hatte darüber nur gelacht. Tags darauf wollten Vetris-Molaud und Ganud ein Raumschiffswrack besichtigen, dessen Reste auf einer vereisten Landeplattform lagen. In der Nähe des Wracks tauchte plötzlich ein zapfenförmiges Wesen ohne Raumanzug auf, das wie ein Eistanzer über die Oberfläche glitt und ihnen den Zugang versperrte. Als Ganud sich ihm näherte und einen seiner Tentakel berührte, wurde er mit brachialer Gewalt davongeschleudert. Nachdem der Posbi seinen Sturz abgefangen und zum Tamaron zurückkehrt war, konnte er nur feststellen, daß dieser bereits ebenfalls angegriffen und schwer verletzt worden war.

Während Vetris-Molaud in der Medoabteilung der Station operiert und in Heilschlaf gelegt

wurde, erfuhr Ganud von Gota-Thao, daß es sich bei dem 'Eistanzer' um einen Audh handelte, ein Wesen, das sich der Kontrolle durch die Station entzog. Sein Schiff war im Jahre 1577 NGZ bei einer Testphase eines Prototyps des Linearzonen-Passagen-Definitors abgestürzt und auf der Plattform zerschellt. Er war der letzte Überlebende seiner Art, die niemand in Andromeda kannte. Seine Artbezeichnung ließ sich nur dem Inhalt seines gesendeten Notrufs entnehmen. Bislang war jeder Kontaktversuch zu dem Wesen gescheitert. Man wußte nur, daß es bei Berührung seine Körperstruktur durch eine Art metabolische Pseudo-Metallifizierung verändern und seinen Gegner durch Telekinese davonschleudern konnte. Aber so heftig wie beim Tamaron hatte es bislang nicht reagiert.

Bei der Ankunft von Aureni-Tarat, der Beraterin des amtierenden Virth Bogolo Spartor am 24. November war Vetris-Molaud wieder genesen. Von ihr erfuhr der Tamaron schließlich, was der Grund der Quarantäne der Milchstraße war. Kurz vor dem Raptus von Terra und Luna hatten tefrodische Wissenschaftler im Jahr 1613 NGZ unerklärliche Veränderungen im Identfeld der Milchstraße gemessen.

Dazu muß man wissen, daß jeder Stern und jede Galaxis ein individuelles hyperdimensionales Feld erzeugt, das ein so unverwechselbares Muster darstellt, wie die stellaren und galaktischen Magnetfelder. Die Tefroder bezeichnen diese Muster als Identfelder. Ihre Messungen hatten ergeben, daß sich das Ident-

feld der Milchstraße verschob, so als würde sie sich vom restlichen Universum abwenden. Diese Verschiebung betrug im vierdimensionalen Raum zwar nur einen Wert, der fast gleich Null war, aber im Hyperraum und bei einigen damit zusammenhängenden Prozessen fiel diese Abweichung ins Gewicht.

Aureni-Tarat empfing Vetris Molaud, der in Begleitung Ganuds und einer Delegation seiner Leute erschien. Die betagte Tefroderin machte keinen Hehl daraus, daß es ihr lieber gewesen wäre, der Tamaron und sein Gefolge wären in der Milchstraße geblieben. Argumente, warum die Isolierung der Milchstraße gerechtfertigt sei oder nicht, wurden hin und hergeworfen. Dabei spielte auch eine Rolle, daß die Herrschaft der Meister der Insel, die Andromeda 50.000 Jahre lang stabilisierte, von den Völkern aus der Milchstraße in lediglich sieben Jahren zerstört worden war. Aureni-Tarat formulierte ein tiefes Mißtrauen gegen alles, was von der Milchstraße kam und vertrat die Meinung, daß etwas zutiefst unheil sei in der Milchstraße. Diese Galaxis sei beschädigt oder verletzt - viel mehr, als ihre Bewohner es ahnten. Mit dem Raptus sei die Milchstraße mit etwas unsäglichem kontaminiert worden. Die "Stabilität" befürchte, daß Andromeda vom Unheil der Milchstraße mitgerissen werden könnte und habe daher nun beschlossen, YEDDVEN und die SCIMOR zu vernichten, um jegliche Gefahr einer Kontamination zu vermeiden. Ohne Vorwarnung wurden Vetris-Molaud und seine Delegation betäubt. Ganud konnte gerade noch rechtzeitig



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag

Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe

- fassen, lesen und begreifen -

seinen Plasmaanteil abkoppeln und daher die weiteren Vorgänge miterleben, aber er wurde durch Fesselfelder fixiert.

Als Gota-Thao und Ousha Rikmoon erfuhren, daß sie ebenfalls Opfer der Säuberungsaktion sein sollten, reagierten sie völlig unterschiedlich. Der Kommandant brach in irres Gelächter aus und seine Beraterin verwandelte sich in eine Kampfmaschine, die mit ihrem Gürtel, der sich in Sekundenbruchteilen in eine Sense umformte, die Beraterin des Virth erstach.

Rikmoon ermöglichte dem Tamaron und seinem Schiff die Flucht und setzte sich selbst mit ihrem eigenen kleinen Raumschiff BURA HOMT ab. Vetrismolaud hatte ihr angeboten, ihr Schiff einzuschleusen, um es vor den tefrodischen Verfolgern zu schützen, doch sie lehnte ab und wollte lieber in Andromeda bleiben. Auf die Frage, wo er sie dort finden könne, meinte sie nur, er solle nach Soynte Abil fragen.

Mit dieser Information endet Ganuds Bericht und Atlan erinnert sich an den Namen Soynte Abil. Es handelt sich dabei um einen Meister der Insel, der auch Faktor VII genannt wurde. Er bzw. sie soll eigentlich, nachdem eine gegen ihr Oberhaupt Mirona Thetin durchgeführte Revolte niedergeschlagen worden war, bei der Explosion ihres Schiffes ums Leben gekommen sein - wie auch ihre fünf Mitverschwörer.

<http://www.schattenblick.de/infopool/unterhlt/perry/pr3058.html>

Inhalt Ausgabe 3224 / Samstag, den 4. April 2020

- 1 EUROPOOL - POLITIK: Corona-Krise - Conte fordert europäischen Sanierungs- und Reinvestitionsplan (Gerhard Feldbauer)
- 2 EUROPOOL - POLITIK: Corona-Pandemie führt zu "Explosion der Armut" in Süditalien (Gerhard Feldbauer)
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Türkei - das Staatsgefüge ächzt ...
- 6 POLITIK - KOMMENTAR: US-Gefängnisse - eine Zeitbombe ...
- 8 SCHACH-SPHINX: Von der Zeit erwürgt
- 9 POLITIK - MEINUNGEN: Ukraine - Landreform zugunsten der Konzerne ...
- 11 UNTERHALTUNG - PERRY-RHODAN: Inhaltliche Zusammenfassung von Nr. 3058
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 4. April 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. April 2020

Vorhersage für den 04.04.2020 bis zum 05.04.2020



Wolkenschiffe, Himmel blau,
Sonnenschein den ganzen Tag,
Jean-Luc wünscht sich etwas Grau
und daß es mal regnen mag.

IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Elektronische Zeitung Schattenblick

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.